

### Dringliche Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 27.05.2013

#### **Libeskind-Bau der Leuphana Universität Lüneburg - Ein Prestigeprojekt mit unsauberen Finanzierungstricks und unkalkulierbaren Risiken?**

Auf dem Lüneburger Universitätscampus soll ein rund 58 Millionen Euro teures Audimax gebaut werden, geplant vom Stararchitekten und Leuphana-Professor Daniel Libeskind. Das ambitionierte Bauvorhaben, das nahezu zu 100 % aus öffentlichen Mitteln finanziert werden soll, hatte in der Vergangenheit immer wieder Anlass zu kritischen Nachfragen gegeben, sowohl die Finanzierung des Projektes als auch die Transparenz der Planungen und die Zeitplanung betreffend. Die derzeitige Verzögerung beim Baufortschritt wird etwa auf ein halbes Jahr geschätzt. Zudem führte der Niedersächsische Landesrechnungshof (LRH) bereits 2011 eine Prüfung des geplanten Zentralgebäudes der Leuphana Universität durch und beanstandete die fehlende Auskunftsbereitschaft der Universität sowie nicht ausgeräumte Finanzierungsrisiken des Bauvorhabens (vgl. Prüfungsmitteilung vom 19. Juli 2011, Maßnahmeprüfung - Zentralgebäude der Leuphana Universität Lüneburg, Teil I). Nun legten die Prüfer eine weitere Prüfmitteilung vor, über deren Ergebnis in der Presse bereits berichtet wurde (siehe u. a. *LZ* vom 13. April 2013; *NDR.de* vom 15. April 2013; *HAZ* vom 24. April 2013 und *taz* vom 3. Mai 2013). Danach sollen Gegenstand der Prüfung des LRH die Vergabep Praxis und Vertragsgestaltung der im Rahmen des ÖPP-Verfahrens eingeholten umfangreichen Beratungsleistungen durch Dritte gewesen sein. Laut Presseberichten sollen sich bis heute allein 21 Berater- und Gutachterverträge auf 1,23 Millionen Euro summieren, wovon insbesondere das New Yorker Studio des Architekten Libeskind und das Planungsbüro eines Münchener Architekten und ehemaligen Geschäftspartners des Uni-Vizepräsidenten profitiert haben sollen (vgl. *taz* vom 3. Mai 2013). Der LRH monierte insbesondere Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Beraterverträgen, indem bei mehreren Verträgen und Gutachten auf das Einholen von Vergleichsangeboten verzichtet wurde und durch Stückelung von Verträgen der Verdacht entstanden sei, dass vergaberechtliche Anforderungen, insbesondere in Verbindung mit EU-rechtlichen Vorschriften, umgangen werden sollten. Statt Verträge nach erprobten Musterverträgen, welche die üblichen Grundsätze für Gutachter- und Beraterverträge abbilden, abzuschließen, seien von der Universität individuelle Verträge ausgehandelt worden, die viele Fragen offen ließen und die dem Landtag nicht gemeldet wurden. So sei nicht nachvollziehbar, welche Aufgaben Daniel Libeskind als Professor zu erbringen hatte und welche Leistungen zusätzlich durch 500 000 Euro für „baukünstlerische Beratung“ abgegolten werden sollten. Als Reaktion auf die kritische Berichterstattung über das Finanzgebaren der Universität hat die zuständige Ministerin bereits mehr Transparenz über Bau und Finanzierung des Audimax und Aufklärung über das Geschäftsgebaren der Universität zugesagt (vgl. *LZ* vom 16. April 2013 und *taz* vom 3. Mai 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wer kommt für die Finanzierungsrisiken des neuen Zentralgebäudes durch fehlerhaft durchgeführte Vergabeverfahren, Deckungslücken infolge nicht erzielter Veräußerungserlöse für universitätseigene Liegenschaften und Verzögerungen beim Bau des Zentralgebäudes auf?
2. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung bereits ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um an der Universität Lüneburg die EU-Rechtskonformität bei Ausschreibungen sicherzustellen, ein wirksames Finanzcontrolling der Hochschule im Allgemeinen und insbesondere für den Bereich des Innovationsinkubators im Rahmen der Fachaufsicht zu etablieren und eine wirksame Korruptionsprävention zu gewährleisten?

3. Durch welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung sicherstellen, dass die Universität Lüneburg zukünftig ihrer Auskunftspflicht gegenüber dem Landesrechnungshof und dem Landtag nachkommt und Transparenz über Bau und Finanzierung des Audimax hergestellt wird?

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende